



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau
Monika Lazar, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM  Juli 2015

BETREFF **Schriftliche Fragen Monat Juli 2015**
HIER **Arbeitsnummern 7/3, 4**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Cornelia Rogall-Grothe

Schriftliche Fragen der Abgeordneten Monika Lazar
vom 1. Juli 2015
(Monat Juli 2015, Arbeits-Nr. 7/3,4)

Fragen

- 1. Welche Kriterien muss ein Vorfall aufweisen, damit er als "linksextremer Anschlag auf eine Polizeiliegenschaft" in die Statistik des Verfassungsschutzberichtes einfließt?*
- 2. Wann und in welcher Art fanden die im aktuellen Verfassungsschutzbericht auf Seite 73 angeführten 16 Angriffe auf die Polizeidienststelle in Leipzig-Connewitz statt (bitte einzeln ausführen)?*

Antworten

Zu 1.

Eine gesonderte statistische Ausweisung „linksextremer Anschläge auf Polizeiliegenschaften“ findet im Verfassungsschutzbericht nicht statt.

Der extremistischen Kriminalität sind im polizeilichen Erfassungssystem „Kriminalpolizeilicher Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität“ (KPMD PMK) solche politisch motivierten Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Im Berichtsteil „Linksextremismus“ des Verfassungsschutzberichts 2014 werden bedeutsame Entwicklungen in diesem Phänomenbereich dargestellt. Im Abschnitt „Personen und objektbezogene Gewalt“ werden in diesem Zusammenhang auch Angriffe auf eine Polizeiliegenschaft als aktuelles Phänomen thematisiert.

Darüber hinaus fanden Fallzahlen zu den extremistischen Straftaten aus 2014 Eingang in den Abschnitt des Verfassungsschutzberichts zur Politisch motivierten Kriminalität.

Zu 2.

Die im Verfassungsschutzbericht 2014 im Kapitel „Linksextremismus“ genannten 16 Angriffe auf die Polizeidienststelle in Leipzig-Connewitz wurden dem Bundesamt für Verfassungsschutz im Rahmen des allgemeinen Informationsaustausches im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum Links (GETZ-L) bekannt. Darüber hinaus wurden diese Informationen über den Austausch der Kriminaltaktischen Anfragen Politisch motivierte Kriminalität (KTA PMK) über das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen gewonnen.

Zu Einzelheiten dieser Sachverhalte, für die die Polizei Sachsen zuständig ist, kann die Bundesregierung über die im Verfassungsschutzbericht erwähnten Informationen hinaus keine Auskünfte geben.